

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 190/2010
19.07.2010**

Renate Rastätter: Wo Eltern und Lehrer neue Schulkonzepte wollen, muss dies möglich gemacht werden

Grüne: Individuelle Förderung ist das Kernstück der Bildungsmodernisierung

„Wir bedauern, dass beim Volksentscheid in Hamburg über die 6-jährigen Primarschule keine Mehrheit zustande gekommen ist“, sagte die schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag Renate Rastätter. Das Reformmodell der ersten schwarz-grünen Koalition wäre ein geeigneter Einstieg gewesen, um in einem Stadtstaat wie Hamburg die Chancen insbesondere der sozial benachteiligten Kinder zu verbessern. Immerhin kann die 6-jährige Primarschule auch weiterhin in Hamburg auf freiwilliger Basis überall dort umgesetzt werden, wo Eltern und Lehrerschaft dies wünschen. Eine Reihe von Schulen in Hamburg arbeitet bereits nach diesem Prinzip.

Für einen großen Flächenstaat wie Baden-Württemberg wäre die 6-jährige Grundschule kein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Lernchancen, so Rastätter weiter, weshalb die Grünen sie hier auch nie gefordert haben. Die Grünen wollen auch künftig kleinste Grundschulen im ländlichen Raum im Dorf erhalten. Zu diesen Kleinst-Grundschulen passt keine Ausweitung auf sechs Jahre. Rastätter: „Im Zentrum der Weiterentwicklung der Schulpolitik in Baden-Württemberg muss die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler stehen. Die individuelle Förderung verbessert die Lernchancen sowohl von schwächeren, meist sozial benachteiligten Schülern als auch die der Leistungsstarken. Dieses Ziel kann mit Schulmodellen erreicht werden, die längeres gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe vorsehen“, so Renate Rastätter. Für die Grünen ist das längere gemeinsame Lernen der richtige Weg, für unser Land haben wir dazu das Konzept der Basisschule entwickelt.

Die veralteten Strukturen des dreigliedrigen Schulsystems passen nicht mehr zum Prinzip der individuellen Förderung, so Rastätter weiter. „Mit von oben verordneten neuen Schulstrukturen, wie es derzeit mit der flächendeckenden Einführung der Werkrealschule vorexerziert wird, wird man diesem Ziel nicht gerecht.“

Rastätter: „Wir setzen auf Freiheit und Selbstständigkeit vor Ort und auf die kommunale Schulentwicklung. Weit über 60 Anträge von Schulen und Kommunen auf neue Schulmodelle liegen der Landesregierung vor, alle wurden abgelehnt. Wir plädieren für eine Öffnung, dass solche Schulmodelle möglich werden können, wo sie von Eltern, Lehrern und der Kommune gewünscht werden. Wir wollen eine selbstständige Schule, und wir setzen dabei auf das Engagement der Beteiligten von unten, in den Kommunen und den Bildungseinrichtungen vor Ort. Wo sich Eltern und Lehrer von ihren neuen Konzepten und Modellen eine Chance für die Verbesserung der Schule versprechen, muss dies deshalb ermöglicht und im Schulgesetz verankert werden.“